

Sagen, was Sache ist. Lesen, was schlaun macht.

begründet 1993



www.spd-ehingen.de



Nr. 211

erscheint monatlich

1. Juli 2011

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Unwissenheit ist Unfreiheit. Wissen ist die Chance zur Freiheit. Deshalb verstehen wir Bildung als Grundrecht, nicht als abgeleitete Größe ökonomischer Zwänge.” (Franz Müntefering zum Roten Fuchsle)

Bildungsaufbruch an den Schulen?

Ist die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch Grün-Rot wirklich so ein Segen?

Klärle Dorner

Nun ist die GRÜN-Rote Landesregierung in Amt und Würden. Viele Bürgerinnen und Bürger sehnten sich danach, dass die verkrusteten Strukturen der letzten 60 Jahre aufgebrochen werden - und das ist auch gut so. Auch ich freue mich - vor allem auch, was meinen Beruf betrifft -: Bildungsaufbruch an den Schulen. Wie sagte ein Genosse zu mir: jetzt kannst du zu Recht sagen: Dass ich das noch in meinem Berufsleben erleben darf! Ja, ich freue mich - und es wird sicher sehr spannend, was sich da alles bewegen wird. Zu einer Entscheidung der neuen Regierung möchte ich trotzdem einige kritische Bemerkungen vorbringen.

Im Koalitionsvertrag steht auf Seite 6 zu lesen:

"Wege öffnen: Abschaffung der Grundschulempfehlung

Wir ersetzen die verbindliche Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Beratung der Eltern. Die Eltern treffen danach die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind."

Angeblich bewährt

Ich bin nun seit über 40 Jahren aktiv im Schuldienst. Innerhalb dieser 4 Jahrzehnte hat sich, trotz einiger durchaus erfolgreicher Schulversuche in Bezug auf ein längeres gemeinsames Lernen - damals nannte man es noch Gesamtschule - nichts verändert. Das dreigliedrige Schulsystem wurde von der politischen Übermacht der CDU stets

Was gibt's diesmal?

- 2 Kontakte
- 7 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum|
- 8 (L)eserpost
Merkels Sinneswandel
- 9 - SPD-Bundesvorstand informiert
- ET-Interview mit Erhard Eppler
- **Töchter** höher hinaus
- 10 - SPD-Berichte aus Berlin
- (L)eserpost
- 11 Ausländer gehören zu unserer Stadt
- 12 Liebe Ute Vogt, warum bist du Mitglied der Europa-Union?
- 13 Beitrittserklärung
- 14 Damals im Juli
- 15 Reiseeindrücke aus Nordzypern
- 16 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
- 17 Protokoll Dienstagstreff
- 19 Reisebericht Iran (1)
- 20 Termine, Hinweise u. a. ■



Adress-
Aufkleber

EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung



■■■ Fortsetzung von Seite 1

vehement und bis zuletzt als "bewährt" verteidigt.

Die bildungspolitische Aufbruchsstimmung als durchaus positive Folge der 1968-Jahre verhallte aber selbst in Baden-Württemberg nicht spurlos. Man durfte auch hier das von den Nachbarn abgeschautete Erfolgsrezept des gemeinsamen längeren Lernens ausprobieren - aber natürlich nur in Form von ein paar wenigen Schulversuchen, sozusagen als Alibi. Diese waren auf viele Jahre angelegt und damit war dieses Thema vorerst bei uns vom Tische. Nach dem Willen der CDU "versuchte" und "versuchte" man an wenigen Standorten im Land, was andernorts längst eingeführte Praxis war. Nicht zuletzt ließen die bisherigen Landesregierungen diese Schulversuche leise und unauffällig allmählich wieder "einschlafen".

Nicht durch schlechte Tagesform versemeln

Eines allerdings blieb: man sprach damals vom "Aus-schöpfen" der Bildungsreserven. Man hatte festgestellt, dass zu wenige Kinder, vor allem aus dem ländlichen Raum und vor allem Mädchen bei

uns eine Chance auf eine akademische Bildung haben oder nutzen können. Da man aber zugleich am dreigliedrigen Schulsystem festhalten wollte, wurden landauf landab Kinder getestet und auf Grund ihrer Testergebnisse an Haupt- bzw. Realschulen oder an Gymnasien empfohlen. Die früher verpflichtenden Aufnahmeprüfungen wurden abgeschafft; dafür gab es die "Orientierungsarbeiten" in den Fächern Mathematik und Deutsch. Da man dadurch aber auch nicht mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen konnte, wurden diese dann nach einigen Jahren schließlich durch die verbindliche "Grundschulempfehlung" ersetzt - vom Landtag so beschlossen. Somit war gewährleistet, dass das Kind nicht durch eine einmalige "Klassenarbeit" seine gesamte Jahresleistung "versemeln" konnte. Ich erinnere mich noch gut daran, dass damals der Landeselternbereit, der Verein Humane Schule und die Gewerkschaften diesen Schritt lange forderten und dann auch begrüßten.

Alle schienen zufrieden: die Eltern, weil sie durch die

qualifizierte Beratung durch die Schule - die dann in einer Empfehlung mündete - nachvollziehen konnten, welche Art Schule für ihr Kind unter den schulpolitischen Gegebenheiten wohl der richtige Weg sein würde.

Die Schule war zufrieden, weil die Empfehlung eben nicht mehr von einmaligen Klassenarbeiten entscheidend beeinflusst wurde. **Einige Verbände waren mit dieser Veränderung aber auch zufrieden, weil das dreigliedrige Schulsystem dadurch nicht in Frage gestellt wurde.**

Früh sortieren sinnvoll?

Was dabei aber völlig unter die Räder kam, ist die Frage, ob man Neun- bis Zehnjährige eigentlich gerecht und pädagogisch sinnvoll "sortieren" darf. Alle Bemühungen, irgendwie die Kinder weiterhin gemeinsam länger lernen zu lassen, wie sie es in der Grundschule ja vier Jahre lang erfolgreich und selbstverständlich getan hatten, wurden durch vielleicht sogar gut gemeinte Entscheidungen bildungspolitischer Art untergraben.



Die kleinen Flaggen/Wappen auf Seite 1 neben dem EU-Sternenkranz (von links): Deutschland, Baden-Württemberg, Alb-Donau-Kreis, Ehingen/Donau — Griesingen, Öpfingen

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,
Fon 07391-5 39 05,
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende
Heidi Ankner;
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße 7,
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin **Bruni Oehrke**; **Bruni.Oehrke@spd.de**; Regionalgeschäftsführer **Ulrich Möhrle** (01 51 - 17 86 47 80) - **ulrich.moehrle@spd.de**

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**,
Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis;
Söflinger Straße 145, 89077 Ulm,
Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701;
Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de;
Mitarbeiterin **Susanne Nödinger**

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon
0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67
13, **hilde.mattheis@bundestag.de**;

Kerstin Krell, **Karl Piberhofer**, **Bettina Schulze** (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Söflinger Straße 145; 89077 Ulm,
Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21,
hilde.mattheis@wk.bundestag.de; **Matthias Genchi** - **www.hilde-mattheis.de**

Europa-Abgeordnete
Evelyne Gebhardt MdEP; **Keltergasse 47**,
74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22;
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;
www.evelyne-gebhardt.eu ■



Fortsetzung von Seite 2

Unter sich bleiben?

Manchmal wurde ich den Ein- druck durchaus nicht los, dass sich deshalb so viele Leute gegen ein längeres gemeinsames Lernen wehrten, weil das so- genannte Bildungsbürgertum lieber unter seinesgleichen sein wollte. Oft genug hörte ich die Äußerungen, dass nur die Kinder zum Beispiel aufs Gymnasium gehörten, deren Eltern auch in der Lage seien, dem Kind zu helfen. Sicher durchaus auch manchmal gut gemeint - aber in meinen Augen ein "Ausschluss" all derer, die bisher nicht zu dieser Gesellschaftsschicht gehörten.

Übrigens, meinem Mann (ebenfalls über 40 Jahre Lehrer und jetzt im Ruhestand) und mir waren Gymnasium und Studium damals auch ohne elterliche Lernunterstützung möglich. Allerdings musste ich mir in der damaligen Klasse 7 (heute also 11!) von einem Gymnasiallehrer (Oberstudienrat) die Frage gefallen lassen, weshalb ich als "Post- lerstochter" eigentlich an seiner Schule sei und nicht längst schon Geld verdienen würde, um meine Eltern zu unterstützen.

Deutlicher konnte man mir nicht mitteilen, dass ich nicht zu dieser Gesellschaftsschicht gehörte und eigentlich hier auch nichts zu suchen hätte. Das tat sehr weh und ich nahm mir damals vor, mich dafür zu engagieren, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist.

Und immer wieder bewegte mich dieselbe Frage: weshalb hält dieses Baden-Württemberg trotz positiver Erkennt- nisse der damals als Bildungs- zentrum bezeichneten Versuchsschulen am dreiglied- rigen Weg fest? Alle Erkennt- nisse, egal welcher Art, auch die Ergebnisse der OECD-

Studien, beklagten immer wieder, dass nirgends die Bil- dungschancen so stark vom Geldbeutel, das heißt vom so- zialen Status der Eltern, ab- hängen wie ausgerechnet in Baden-Württemberg.

Rumgedoktert

Auch innerhalb der CDU sprach sich dieses Ergebnis rum. Aber anstatt nun endlich den überfälligen richtigen Schritt zu wagen, dokterte man an der "Aufwertung" der Hauptschule herum.

Man "erfand" vor 15 Jahren die Werkrealschule. Gewiss, an den Schulen selbst wurde zweifelsfrei gute Arbeit geleistet. Viele Werkrealschüler/- innen schafften die zehnte Klasse und damit den Middle- ren Bildungsabschluss und damit nicht wenige von ihnen Fachabitur und auch Studium - also ganz ohne den Weg über Realschule oder gar Gymnasium.

Es half nichts. Die Akzeptanz der Dreigliedrigkeit schwand zunehmend. Dazu kam, dass vor allem über die Hauptschu- le allenthalben schlecht geredet und berichtet wurde, sehr häufig zu Unrecht.

Außerdem: Viele Eltern, die aus ihrem Herkunftsland kei- ne "dreigeteilte" Schulform kannten, konnten unser Schulsystem nicht verstehen. Gerade auch bei ihnen war die Hauptschule, auch wenn sie längst offiziell Werkrealschule hieß, der Weg in den schuli- schen und gesellschaftlichen Absturz. Daher wollten sie es um keinen Preis akzeptieren, wenn ihr Kind nicht "wenig- stens" die Bildungsempfehlung "Realschule" erhielt. In "Mi- grantenkreisen" wird auch in Ehingen teils durchaus

Stimmung in diese Richtung gemacht.

Hier nenne ich einige Beispi- le für Schulformen, die unse- ren Migrantenkindern aus de- ren Herkunftsländern vertraut sind. Ich führe hier nur die Pflichtschulzeit an. Auf diese Schulformen baut dann der Sekundarbereich II auf, der entweder mit einer berufli- chen Ausbildung, einer beruf- lichen Schulbildung oder ei- ner schulischen Bildung fortgesetzt wird, die zum Be- such einer Hochschule oder Universität berechtigt.

- Türkei: 8 Jahre gemeinsames Lernen
- Griechenland 6 Jahre gemein- sames Lernen in der Grund- schule, dann 3 Jahre Sekun- darstufe I, die hier als Gym- nasium bezeichnet wird;
- Kroatien: 8 Jahre gemeinsa- mes Lernen
- Italien: 8 Jahre gemeinsames Lernen
- Russische Föderation: 9 Jahre gemeinsames Lernen in zwei verschiedenen Schultypen
- Polen: 6 Jahre gemeinsames Lernen in der Grundschule, dann 3 Jahre Gymnasium
- ... und nicht zuletzt das er- folgreiche Finnland: 9 Jahre gemeinsames Lernen bzw. op- tional ein 10. Schuljahr als Zwischenschritt zum Über- gang aufs Gymnasium, aufs berufliche Gymnasien, auf die Fachschulen oder die Berufs- overschulen.

Quelle: Grundlagen der Schulpäd- agogik, Band 46, Die Schulsysteme Europas, Schneider Verlag Hohen- gehen, 2004

Auch sonstwo noch ...

Auch in England und Wales "lernt man länger gemeinsam":





■■■ Fortsetzung von Seite 3

Nach der Grundschule lernt man bis zur 11. Klasse an der General Secondary School. In **Frankreich** gehen nach der Grundschule alle gemeinsam bis Klasse 9 ans Collège.

Da fragt man sich schon, weshalb gerade in Baden-Württemberg längeres gemeinsames Lernen nicht möglich sein soll. Sind die Länder um uns herum etwa weniger erfolgreich?

Eine weitere Elterngruppe in Baden-Württemberg reagierte ebenfalls zunehmend mit Unverständnis zum hiesigen "Frühsortieren" - nämlich die Eltern, die aus der ehemaligen **DDR** kamen. Auch dort gab es 10 Jahre gemeinsames Lernen.

Bei allen Gruppen unzufriedener Eltern sprach es sich in den letzten Jahren vermehrt herum, dass es sozusagen eine letzte Möglichkeit gebe, sich gegen die Grundschulempfehlung und die frühe Selektion zur Wehr zu setzen. Man legte Widerspruch ein, um die Grundschulempfehlung auszuhebeln, auch wenn sie in vielen pädagogischen Gesprächen entstanden war. Elterlicher Widerspruch setzte das sogenannte Beratungsverfahren mit dem Ziel der gemeinsamen Bildungsempfehlung in Gang.

"Gemeinsame Bildungsempfehlung"

Bisher benötigte ein Kind im 4. Schuljahr im Monat März eine durchschnittliche **Jahresleistung** in Deutsch und Mathematik eine 3,0 (Realschul-) bzw. 2,5 für eine Gymnasialempfehlung. Bei der Jahresleistung wurde auch das Arbeitsverhalten mit eingerechnet. War der Notenschnitt schlechter als 3,00, so wurde meist die Haupt-

und/oder Werkrealschule empfohlen. Übrigens: alle drei Schularten sind weiterführende Schularten - auch wenn das noch nicht überall so wahrgenommen wurde - was wohl mit der unausgesprochenen Wertigkeit der Schularten zu tun hat.

Wenn also die Eltern mit der in Elterngesprächen vorbereiteten, von der an den Klasse unterrichtenden Lehrkräften ausgesprochenen Empfehlung nicht einverstanden waren, konnten sie das "besondere Beratungsverfahren" beantragen. Danach wird jetzt eine sogenannte "gemeinsame Bildungsempfehlung" ausgesprochen, die nur dann rechtsverbindlich ist, wenn die Eltern keinen Widerspruch einlegen. Sind die Eltern auch mit der "gemeinsamen Bildungsempfehlung" nicht einverstanden, können sie ihr Kind immer noch zur Aufnahmeprüfung der gewünschten weiterführenden Schule anmelden.

Die "gemeinsame Bildungsempfehlung" stellte sicher einen guten Weg dar - innerhalb des bestehenden Systems - vereinzelt noch Korrekturen an der ausgesprochenen Empfehlung vorzunehmen, weil dadurch in Zweifelsfällen bisher nicht gezeigtes Potential des Kindes doch noch aufgezeigt werden konnte.

Trotzdem verloren Hauptschule/Werkrealschule weiterhin an Boden. Die CDU/FDP-Landesregierung erfand eine "neue" Schulform, die Werkrealschule Typ II. In der Grundschulempfehlung stand nun als Empfehlung Hauptschule/Werkrealschule, Realschule oder Gymnasium. Damit sollte die CDU- und FDP-konforme Dreigliedrigkeit "gerettet" werden. Diese Entscheidung gefährdete

aufgrund der damaligen Vorgaben den Bestand vieler kleinerer bisheriger "Haupt- mit Werkrealschulen". Schmerzhaft trafen diese Vorgaben zum Beispiel die Schulen in Kirchbierlingen, Oberdischingen, Oberstadion, Allmendingen und Schelklingen. Sie wären wegen zu geringer Schülerzahlen nicht als Werkrealschulen mit der Möglichkeit des Mittleren Bildungsabschlusses in Frage gekommen. Welche Eltern würden ihre Kinder noch auf eine Hauptschule schicken wollen, die nicht einmal diesen "besseren" Schulabschluss anbieten könnte?!

Landesweit wehrten sich Schulen und Gemeinden gegen diese drohende Gefahr. Daher ruderte die CDU-Landesregierung wieder zurück und "erfand" die Werkrealschule des Typs III. (Dies ist keine offizielle Bezeichnung!). Die bisher im Bestand gefährdeten Schulen atmeten auf. Die schon länger als Werkrealschulen des ersten Typs aktiven Schulen, zum Beispiel die Michel-Buck-Schule und vor allem die Längenfeldschule als Trägerin der 10. Klasse in Ehingen, sahen ihre bisherige Arbeit gefährdet und womöglich künftig verwässert, auch wenn sich im neuen Lehrplan durchaus Positives findet.

Dass die alte Landesregierung selbst nicht mehr recht zu wissen schien, was sie eigentlich wollte und was nicht, zeigte sich dann auch prompt beim Landtagswahlkampf 2011: Dieselbe CDU, die eben noch die bisherigen Werkrealschulen ein weiteres Mal umfunktionieren und sie zusammen mit den noch bestehenden Hauptschulen zu den Werkrealschulen "neuen Typs" formen wollten, vergaß dies alles und plakatierete im





Fortsetzung von Seite 4

Wahlkampf munter die "Hauptschule" weiter, die sie doch eben noch "abschaffen" wollte. 's Rote Füchsele berichtete!

Wie viele Eltern waren im Jahr 2010 tatsächlich mit der "ersten Stufe" der Grundschulempfehlung nicht einverstanden und verlangten die "gemeinsame Bildungsempfehlung"? In Baden-Württemberg wurde bei etwa 7000 von 104840 Schülerinnen und Schülern (6,7 %) ein solches Beratungsverfahren "durchgeführt, nach dessen Abschluss fast ein Viertel der Kinder eine veränderte Empfehlung" erhielten. Quelle: ("Mehr Bildungsgerechtigkeit durch verbindliche Grundschulempfehlung." in www.Kultusportal-BW.de, Seite 2). Im Umkreis von Ehingen lag die Zahl übrigens prozentual noch weitaus niedriger. Leider nahmen in den letzten Jahren aber die Widersprüche derart zu, dass zum Beispiel Kinder mit einem Notenschnitt in Deutsch und Mathematik von bis zu 4,3 das Beratungsverfahren in Anspruch nahmen und dann enttäuscht waren, wenn keine Realschulempfehlung ausgesprochen werden konnte.

Eltern weinen und Lehrkräfte leiden

Was sich da an Dramen in Familien in Baden-Württemberg abspielte, wie da Kinder und teilweise auch Lehrkräfte unter Druck gesetzt wurden!

Eltern gaben auch den Druck, den sie von Verwandtschaft und Arbeitskolleg/innen usw. spürten, an ihre eigenen Kinder und deren Lehrkräfte weiter. Niemand kann dies besser beschreiben als die durchführenden Beratungslehrer/innen. Ich selbst berate in dieser Eigenschaft seit über 18

Jahren Eltern und Kolleg/innen und habe durchaus viele Eltern weinen und Lehrkräfte leiden gesehen.

Elternwille soll ab jetzt im Vordergrund stehen

Deshalb nahm der Druck auf die Politik zu, die Bildungsempfehlung ganz abzuschaffen bzw. ihre Verbindlichkeit aufzuheben. Elternwille soll ab jetzt im Vordergrund stehen. Als Grundlage für eine diesbezügliche Entscheidung darf wohl die vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg in Auftrag gegebene Untersuchung gewertet werden, die im März 2011 im Kultusportal erschienen ist. Dort heißt es: "Mehr Bildungsgerechtigkeit durch verbindliche Grundschulempfehlung." (www.Kultusportal-BW.de) und weiter "Kultusministerin Marion Schick (CDU; Red.): Grundschulempfehlung ist ein wichtiger Hinweis für erfolgreichen Bildungsweg des Kindes/ Baden-Württemberg bietet vielfältige Bildungswege mit vollen Abschlusschancen." Die bisherige Kultusministerin wollte die Grundschulempfehlung nicht in ihrer Verbindlichkeit abschaffen, wohl aber die Beratung zwischen Schulen und Eltern deutlich intensivieren. Ändern schien angebracht, aber so?

Zwei Tage nach der Wahl vom 26. März konnte man in verschiedenen Zeitungen lesen bzw. im Radio hören, dass GRÜN-Rot die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abschaffen wird.

Ich verstand zunächst die Welt nicht mehr

Weshalb diese Aussage von GRÜN-Rot? Sind die verrückt? Was wird die Folge

sein? Eltern, die bisher trotz intensivster Beratungen partout ihr Kind auf die Realschule schicken wollten, werden dies jetzt tun. Diese Kinder werden auf dieser Schulform - oft genug erlebt - kläglich scheitern und vielleicht nach drei Jahren schulmüde und völlig frustriert an der Haupt- oder Werkrealschule landen und dort dann kaum den Abschluss schaffen, weil sie so "kaputt" sind. Ich weiß, wovon ich rede! Kann das im Sinne des Bildungsaufbruchs gemeint sein? Denn dass das Problem durch wie es heißt "Wir ersetzen die verbindliche Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Beratung der Eltern. Die Eltern treffen danach die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind." (Koalitionsvertrag S. 6 oben) behoben sein wird, das glaube ich nicht.

Außerdem unterstellt diese Aussage, dass all die Eltern, die bisher Widerspruch gegen die ausgesprochene Bildungsempfehlung einlegten, nur nicht qualifiziert beraten worden seien. Dagegen verwahre ich mich, auch zum Schutze vieler Kolleg/-innen! Ich weiß genau, wie viel Mühe, Zeit und Gedanken wir oft den Kindern zuliebe aufbrachten, um möglichst gewissenhaft herauszufinden, was wohl die beste Schullaufbahn für es sei. Natürlich ist mir dabei bewusst, dass wir uns im Rahmen des derzeitigen Schulsystems bewegen, und dass eine so frühe Auslese an sich inhuman und widersinnig ist.

Win-Win-Situation

Gemeinsames längeres Lernen ist nämlich eine Win-Win-Situation für alle. Die Schwächeren haben die Leistungsstärkeren als motivierendes





■■■ Fortsetzung von Seite 5

"Zugpferd" um sich. Die "Guten" lernen, Schwächeren etwas zu erklären und zu zeigen, und sie vertiefen dabei auch ihre eigenen Fertigkeiten. Ihr Denken wird durch die Fähigkeiten der eher praktisch Begabten angespornt und bereichert. Außerdem wird die soziale Kompetenz aller gefordert und gefördert.

Ich will nicht begreifen, dass sich diese Erkenntnis in Baden-Württemberg noch immer nicht durchgesetzt hat.

Wie also soll ich die Abschaffung der Verbindlichkeit bei der Grundschulempfehlung werten? War es ein unüberlegter Schnellschuss der neuen Regierung? Oder steckt darin letztlich doch eine Chance, den Bildungsaufbruch zu gestalten?

Lasst mich auf die von der damaligen Kultusministerin Marion Schick (CDU) in Auftrag gegebene Studie vom Februar 2011 zurückkommen. Dort heißt es weiter: "In Baden-Württemberg erlangt die Hälfte aller jungen Menschen ihre Hochschulzugangsberechtigung über die Haupt- und Werkrealschulen, die Realschulen und die beruflichen Schulen." Dies bedeutet doch, dass ein sehr großer Teil der Kinder, die in ihrem neunten oder zehnten Lebensjahr keine Empfehlung fürs Gymnasium bekommen haben, trotzdem das Potential für ein Hochschulstudium hätten.

Warum dann also überhaupt die Selektion mit all ihren Folgen:

Tränen, Sorgen, Zerwürfnisse, Vorwürfe, Gefühle der Demütigung, des Versagens, des

Enttäuschens, des Wenigerwert-Seins ...? Auch dies ist in meinen Augen erst recht wieder ein Plädoyer für längeres gemeinsames Lernen.

Die "Schulrebell" aus Oberschwaben sind alles gestandene, erfahrene Haupt- und Werkrealschul-Rektoren. Jetzt werden sie vollends legal tun dürfen, wofür sie vor zwei Jahren vom damaligen Dienstherrn (CDU) gescholten und zum Rapport befohlen wurden.

Die Grundschulempfehlung, verbindlich oder nicht, wird nämlich dann überflüssig, wenn landauf landab Schulen wie diese "mutigen" in Oberschwaben Eltern und Kindern ein längeres gemeinsames Lernen anbieten können. Auch anderswo liest man neuerdings von allmählich steigendem Interesse von Schulen und Kommunen. Ich wünsche ihnen ganz viel Erfolg dabei.

Unbelehrbare Konservative, steht zu befürchten, graben gewiss wieder das Kriegsbeil mit der "sozialistischen Einheitsschule" aus, die es zu verhindern gelte. Siehe auch CDU-Wahlplakate des jüngsten Landtagswahlkampfes!

Denn eines ist auch klar: Manche in der neuen Regierung trauen sich genau deshalb wohl nicht so richtig, tatsächlich gemeinsam längeres Lernen zu fordern. Und auch das eindeutige Abstimmungsergebnis aus Hamburg wirkt wohl etwas lähmend. Schließlich hat dort die Bourgeoisie ihr erkonservatives Weltbild nochmals durchgesetzt.

Deshalb wohl die vorsichtige Formulierung: "Unsere bildungspolitischen Ziele lassen sich in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10 am besten erreichen.

[...] Gemeinschaftsschulen gehen in der Regel aus bestehenden Schulen hervor und schließen an eine oder mehrere vierjährige Grundschulen an. Sie umfassen grundsätzlich alle Bildungsstandards der Sekundarstufe I, also Hauptschul-, Realschul- und gymnasiale Standards. Im Anschluss an die Klasse 10 bestehen Übergangsmöglichkeiten in eine berufliche oder in allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe [...], in eine duale Berufsausbildung oder eine berufliche Vollzeitschule. Es sind echte Ganztageschulen und sie erhalten die dafür notwendigen Rahmenbedingungen. Berufsorientierung und Berufspraktika sollen in ihnen einen hohen Stellenwert erhalten." (Aus: "Der Wechsel beginnt."; Koalitionsvertrag, Seite 6).

Liebe Landesregierung, wenn ihr die Kommunen, die Eltern, vor allem aber die Lehrerschaft (aller Schularten) in diesem Sinne mitnehmen wollt, dann kann ich die Aufhebung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung nachvollziehen, denn dann brauchen wir sie nicht mehr. Bis dahin sind aber noch viele Informationen und viele gemeinsame Gespräche notwendig. Es ist spannend, ich freue mich, aber ich kann auch die Ängste, die Sorgen, die Bedenken aller Beteiligten nachempfinden. Der Weg ist sicher nur dann begehbar, wenn sich alle Beteiligten öffnen, sich alle mit gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Wertschätzung begegnen.

Lasst es uns auch für Ehingen gemeinsam, vorurteilsfrei und ergebnisoffen überdenken. Eine erste Möglichkeit zum offenen Dialog bietet sich bei einer (bei aller Bescheidenheit auch auf meinen Wunsch hin entstandenen) Veranstaltung mit der neuen Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheuser (SPD) am Freitag, den 15. Juli 2011 in der Lindenhalle. ■



Liebe Leserinnen und Leser!

Wenn hier nicht sofort etwas geschieht, löst sich das Problem von selbst

Der Rote Seehas schreibt am 17. Mai 2011:

“Regieren (gut regieren) ist nicht alles. Es stimmt immer noch, dass wir gewaltige Strukturprobleme haben. Die sind nicht durch Regieren in Stuttgart zu lösen, sondern durch harte Basisarbeit im kommunalen Bereich. Es fehlt uns hinten und vorne an Leuten, die mitmachen wollen. Wenn hier nicht sofort etwas geschieht, löst sich das Problem von selbst.

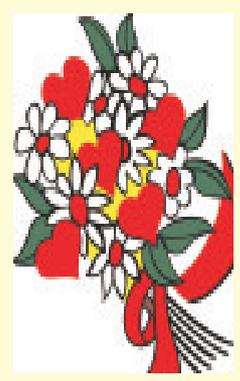
Wer wird wohl eine Partei wählen, die keine Mitglieder mehr hat? Eigentlich haben wir „alten Säcke“ uns den Ruhestand bequemer vorgestellt: Statt im Liegestuhl den Ruhestand zu genießen, nehmen wir jungen Leuten, die gar nicht vorhanden sind, die Plätze weg.”

Anmerkung LD: Bei der Jahreshauptversammlung des Kreisverbands Alb-Donau (Regglisweiler, 20. Mai 2011) meinte ein Teilnehmer, der - ich will ihm nicht zu nahe treten - die

50 vermutlich auch schon gut erreicht hat: “Es tut mir richtig gut, dass ich in diesem Kreis einmal nicht zu den Älteren gehöre ...”. Anders ausgedrückt, ohne was ausrechnen zu wollen, waren die meisten Teilnehmer/-innen in der Tat bereits gut im Rentenalter. Ein einzelner wirklich jüngerer Mann, sogar frischgebackener Ortsvereinsvorsitzender im Weihungstal, war da schon ein seltener Einzelfall und Lichtblick. Auch unter diesem Gesichtspunkt kann man nur hoffen, dass die schon nicht mehr ganz so neue grün-rote Landesregierung auch der SPD die Chance lässt, wieder besser sichtbar und eine Partei mit eindeutigen, aber auch ehrlichen und überzeugenden Positionen zu sein, so dass sie junge und jüngere Leute auf sich aufmerksam macht und vermehrt auf die Basis hört. ■

Ludwig Dorner

Wir gratulieren **Rainer Mall** und **Kevin Riedmüller** zum bestandenen Abitur.



„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre

Geburtstage			Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am		wird	Eintrittsjahr		Jahre
13. 07.	Josef Kneer	83	1979	Ulrike Hackel	32
11. 07.	Rosemarie Bauer	79	1971	Kurt Efinger	40
22. 07.	Ingrid Krell	72			

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen.

Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet — natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchslle wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchslle, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de * **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



**(L)eserpost I**

Habe das Fuchsle mit Interesse gelesen. Toll. Sehr gut auch der Beitrag von Dieter Spöri. Ich werde seine Ratschläge beherzigen.

Viele Grüße

Klaus Maier MdL
Bürgermeister
Heubach (Ostalbkreis)

(L)eserpost II

Tolle Zeitung habt ihr da! Du

kannst sie uns gerne weiterhin zuschicken.

Beste Grüße

Marius Osswald
Team Hans-Peter Storz MdL
Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Singen-Stockach ■

ab jetzt sinnvoll
„Ich werde es ~~immer~~ für ~~unsinnig~~ halten, technisch *un-*sichere Kernkraftwerke abzuschalten. Sie werden sehen: eines Tages werden auch die *Christ-*Sozialdemokraten das einsehen. Es dauert halt immer etwas länger.“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, 2006

Herzlichen
Glückwunsch
zum Atomausstieg!



Wir kennen den Weg. Schon lange.
Unser Programm für die Energiewende:
Bundestags-Drs.17/5481

Foto: Armin Kübelbeck

Quelle/Abdruckerlaubnis: SPD-Bundestagsfraktion

Wenn es erst der Atomkatastrophe von Japan bedurft hat, vielen Leuten, darunter auch der Kanzlerin, die Augen zu öffnen, dann kann man sich schon fragen, auf welchem Planeten diese Leute die letzten 40 Jahre eigentlich gelebt haben.

Zitat, sinngemäß: Michael Müller, SPD-MdB, NRW, in einem Rundfunk-Interview



Der SPD-Bundesvorstand informiert

Irrweg

Die schwarz-gelbe Koalition hat ihren energiepolitischen Irrweg einsehen müssen und nähert sich wieder dem rot-grünen Atomausstieg von vor zehn Jahren an. Dennoch bleiben vielen Fragen offen. Wie sieht die konkrete Definition der Restlaufzeiten in der Praxis aus? Wo ist das politische Bekenntnis zu einer klaren Steuerung des Ausstiegsprozesses, wie sie die Ethikkommission vorgeschlagen hatte? Die SPD warnt davor, die Empfehlungen der Ethikkommission als Steinbruch zu missbrauchen, wesentliche Teile aber unberücksichtigt zu lassen.

Wir werden auch die

Vorschläge zum Erneuerbare-Energien-Gesetz kritisch prüfen, denn es mangelt hier an beschleunigten Ausbauzielen. Ebenso fehlen klare Aussagen zur Finanzierung der Energiewende und Maßnahmen zur Sicherung eines bezahlbaren Strompreises. Für uns ist klar, dass wir einen Atomausstieg unterstützen, aber keine Revisionsklausel akzeptieren können, die eine erneute Kehrtwende der schwarz-gelben Regierung vorbereitet.

Die Bereiche Arbeit, Wettbewerbsfähigkeit und Energiewende von unten werden von der Bundesregierung völlig außer Acht gelassen. Gerade zu diesen Bereichen geht die

SPD daher mit eigenen, realistischen und detaillierten Vorschlägen in die Debatte. Der Beschluss des SPD-Parteivorstandes auf Vorschlag der SPD-Energiekommission unter Leitung von Thorsten Schäfer-Gümpel und Ulrich Kelber ist unser Fahrplan für eine echte Energiewende.

Mehr dazu: "Die Energiewende in Deutschland: bürgernah, wirtschaftlich erfolgreich, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich." (30.05.2011, Beschluss des Parteivorstandes); http://www.spd.de/scalableImageBlob/12634/data/20110601_akt_neue_energie-data.pdf ■

ET-Interview mit Dr. Erhard Eppler

"Im übrigen bin ich der Meinung, dass man nirgendwo - also auch nicht hier [in Öpfingen; LD] und auch nicht zwischen Donau und Iller und auch nicht bei Metzingen - der Bevölkerung die Nachteile und Risiken eines Kernkraftwerks (...) zumuten kann, so lange wir im Land nicht bewiesen haben, dass wir alles tun, um Energie zu sparen. Sie haben vielleicht bemerkt, dass das Urteil des Freiburger Verwaltungsgerichtshofs [zum damals geplanten AKW Wyhl; LD] auch die Energie-

wachstumsraten bezweifelt. Ich habe dies seit etwa einem Jahr getan und habe von der Landesregierung eigentlich nur Unverständnis und Schlimmeres geerntet. So lange wir wie in der jetzigen Weise Energie vergeuden, werden wir an jedem denkbaren Standort Widerstand der Bevölkerung erleben. (...)"

Ehinger Tagblatt vom Montag, dem 24. März 1975. Die Partei die GRÜNEN wurden 1980 gegründet. In seinem umfangreichen privaten Archiv herausgesucht und dem Roten Fuchsle mitgeteilt: Georg Mangold. ■

Gefunden

Wenn Töchter höher hinaus wollen, und die weiblichen Gefühle

"Was soll meine Tochter werden?" - Der "Argen-Bote" [die damalige Wangemer Lokalzeitung; LD] gibt folgenden Ratschlag: "Wenn du eine gescheite Tochter hast, die höher hinaus will, - sie kann ja jetzt alles werden - so bedenke doch, mit 22 oder 24 Jahren wollen eben die meisten Mütter werden, ihre weiblichen Gefühle übertönen dann meist die intellektuellen." (17. April 1928)

Quelle: Heimann, Kleine Chronik der Stadt Wangen im Allgäu, 2. Teil, 1900-1945

Anmerkung LD: Man kann über die damalige Denkweise natürlich einfach schmunzeln. Man kann sich aber auch bewusst machen, dass sich ohne fortschrittliche Kräfte manches bis heute nicht wirklich geändert hätte. Zu den Fortschrittlichen zähle ich unter anderem auch die SPD, anders als manch andere Volkspartei im Lande. Wenn es allein nach der gegangen wäre und ginge ... Siehe deren Bildungspolitik und das bis heute dahinter steckende oft noch erzkonservative Welt- und Menschenbild. ■



S - Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB in ormiert.
Die Auswahl besorgte die Redaktion.

Keine längere Laufzeit für Grundremmungen

Zur Forderung von RWE- hef Jürgen Großmann, in Grundremmungen beide Reaktorblöcke bis 0 am Netz zu lassen, erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

„Mit der Energiewende hat die Bundesregierung endlich ihren atompolitischen Irrweg korrigiert. Fukushima hat gezeigt: Das immer bestehende Restrisiko der Atomenergie ist nicht zu verantworten. Auch die beiden 27 Jahre alte Reaktorblöcke Grundremmungen B und C müssen schnellstmöglich abgeschaltet werden. Eine Laufzeitverlängerung für

Block B über das im Regierungskonzept vorgesehene Abschaltdatum 2017 hinaus darf es nicht geben.

Nun um einzelne Jahre längere Laufzeit für ihre Atomkraftwerke zu feilschen, ist unangemessen. Jahrzehntlang konnten die Kraftwerksbetreiber hohe Gewinne erwirtschaften und strichen milliardenschwere Subventionen ein,

während die Allgemeinheit nach wie vor das gigantische Risiko eines Störfalls trägt.

Allerdings ist unverständlich, warum die Bundesregierung für den Block C eine vier Jahre längere Laufzeit vorsieht als für den baugleichen und fast gleichalten Reaktorblock B. Konsequenter wäre es gewesen, beide Blöcke spätestens 2017 vom Netz zu nehmen.“ ■

(L)eserpost

An das "Rote Fuchse"

Betrifft Rubrik "Es stand vor 10 Jahren im Roten Fuchse" "Danke, Genosse Kanzler!" In dieser ironischen Weise hatte sich damals Gerhard Tessin bei Gerhard Schröder für dessen Ausspruch: "Es gibt kein Recht auf Faulheit" bedankt.

Am selben Tag, an dem dieser Ausspruch in der Presse erschien, war eine SPD-Kreiskonferenz. Zu dieser Konferenz formulierte ich einen Antrag zur Abstimmung: "Gerhard Schröder wird aufgefordert, seinen Ausspruch mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen".

Peter Rinker beschreibt weiter, dass sein Ansinnen nicht nur keine Mehrheit fand, sondern

dass er auch von einigen Versammlungsteilnehmern deswegen persönlich angegangen worden sei:

Die Reaktion einiger Versammlungsteilnehmer war für mich damals Anlass für eine innere Kündigung von meiner/unserer SPD: "Jetzt wirst Du alt!" "Du gehörst in die Klapsmühle!" "Du bist nicht mehr richtig im Kopf!" "Du kannst doch unseren Kanzler nicht beleidigen" ... usw. Ich musste sogar darum kämpfen, dass über den Antrag abgestimmt wurde. Ergebnis: 3 Stimmen für den Antrag: Meine Stimme, Barbaras Stimme und eine zusätzliche eines Genossen, der nach langer Suche wieder einen Arbeitsplatz fand. Er bedankte sich bei mir.

Aus Anlass des vorliegenden Leserbriefs wurde durch Mails und ein Telefonat (am 14.6.2011) mit der damaligen Versammlungsleiterin und Kreisvorsitzenden Klärle Dorner Folgendes geklärt. Peter Rinker räumte ausdrücklich ein, dass diese selbst an den herabsetzenden Äußerungen nicht beteiligt war. Klärle Dorner: "So ein Vorwurf hätte mich auch noch zehn Jahre hinterher schwerst getroffen. Und wenn ich die unfairen Anschuldigungen am Vorstandstisch mitbekommen hätte, wäre ich sogleich eingeschritten. Dass dies nicht so war, tut mir leid." Sie hätte es immer als ihre Aufgabe gesehen, dass jeder zu Wort kommt und fair angehört wird. Peter Rinker abschließend:

Jene Genossinnen und Genossen, die damals in Illerkirchberg an der Konferenz teilnahmen und auf diese unsolidarische Weise über mich herfielen, sollten sich wenigstens heute dafür schämen. Für mich ist der "Dank" von Gerhard Tessin ein später Trost, weil er zu jenen wenigen gehörte, die schon damals voraussahen, was mit unserer Partei geschieht.

Euer Genosse Peter Rinker, Blaubeuren ■



Ehinger Freundeskreis für Migranten - Aus der Hauptversammlung

Ausländer gehören zu unserer Stadt, und ihre Zahl nimmt eher zu

Veit Feger

EHINGEN (vf) – "Migranten" sind nicht häufig ein Thema in Regionalzeitungen. So ist es angebracht, auch im "Roten Fuchse" von jener Ehinger Vereinigung zu berichten, die sich um Migranten-Probleme kümmert und in der sich zwei Ehinger SPD-Mitglieder sehr engagieren: Klara Dorner und Gerhard Tessin. Seit kurzem ist ja sogar eine Genossin in Stuttgart Integrationsministerin.

Der Anteil an nicht-eingebürgerten Ausländern in Ehingen beträgt derzeit 15 Prozent der Ehinger Einwohner; rechnet man die eingebürgerten Ehinger hinzu, dann steigt die Zahl auf fast das Doppelte. - Der Vorsitzende Rainer Lingg nannte diese Zahlen bei der Hauptversammlung des Freundeskreises der Migranten, die kürzlich stattfand.

Rund neunhundert dieser Ausländer sind türkische Staatsbürger; zählt man jene Ausländer zusammen, die aus dem Bereich des einstigen Staates Jugoslawien stammen, so ist deren Zahl noch höher.

Eine interessante Beobachtung teilte Rainer Lingg in seinem Rechenschaftsbericht mit: Vor allem die um die größere Moschee gruppierten Türken scheinen in Ehingen die derzeit, was Integration betrifft, aufgeschlossenste Gruppe zu sein. Das zeigte sich an dem Zuspruch, den eine Vortragsreihe mit allgemeinbildenden Themen weckte, veranstaltet unter Federführung der "Sozialen Agenda" in der Moschee selbst. Seitens dieser türkischen Gemeinde (es gibt noch eine weitere in Ehingen) wurde der Wunsch vorgetragen,

diese Vortragsreihe im Herbst fortzusetzen. Es steht schon fest: Die Themen diesmal kommen dann aus dem Gesundheitsbereich.

Die türkische Gemeinde um die Moschee nahe der Umgehungsstraße zeigte sich gegenüber der Hausaufgabenhilfe des Migrantenkreises sehr hilfreich. Als der Freundeskreis die bisher vom Alb-Donau-Kreis zur Verfügung gestellten Räume im Übergangwohnheim verlor, weil man diese Räume wieder für Asylbewerber benötigte, stellte ihnen die türkische Gemeinde in der Moschee kostenlos DREI von ihr auch kostenlos gepflegte Räume für die Betreuung von Kindern zur Verfügung. Diese kommen ja aus recht verschiedenen Nationen – insgesamt gibt es Ausländer aus über vierzig Nationen in Ehingen.

Das Thema "Vortragsreihe in der Moschee" löste in der Sitzung (19. Mai) eine kleine Diskussion aus. Es ging um die grundsätzliche und in vielen Lebensbereichen immer wiederkehrende Frage:

Wie viel Eigeninitiative darf oder gar muss von jenen verlangt werden, die unterstützt

werden?

Darüber gab es bei der Versammlung verschiedene Auffassungen. Rainer Lingg vertrat die Ansicht: Mehr Eigeninitiative wär' natürlich schön, aber ab und zu hilft's eben doch, wenn der "Geber" dem "Nehmer" entgegenkommt.

Joachim Wendt, Öpfingen, wies auf die guten Erfahrungen der Stadt Ulm mit einem Ausländerbeirat hin. - Klara Dorner, Griesingen, erinnerte daran, dass die Ehinger SPD seit Jahrzehnten die Gründung eines solchen die Stadtverwaltung beratenden Gremiums empfehle. - Der Vorstand des Freundeskreises hat dieses Frühjahr der Alb-Donau-Verwaltung vorgeschlagen, einen Mitarbeiter für Integrationsthemen zu benennen. Seit einer Woche bekanntlich gibt's im Land ja nun sogar eine Integrationsministerin.

Der Freundeskreis hat sich beim Landkreis dafür eingesetzt, dass Asylbewerber in Ehingen nicht mehr vorgefertigte Essenspakete erhalten, sondern Gutscheine. Der Verein hat sich auch bemüht, Händler zu finden, die diese Gutscheine annehmen und mit der Kreisverwaltung abrechnen (was ja einen gewissen Aufwand darstellt). Zum Mitmachen erklärten sich die Läden Aldi, Aydin,





Fortsetzung von Seite 11

Bonus und der Tafelladen bereit.

Den größten Betrag gibt der Freundeskreis für die Schülerförderung aus, rund 12.200 Euro vergangenes Jahr; die Zahl der interessierten Kinder, so Heidi Porsche, nimmt immer noch zu.

Frau Porsche kümmert sich seit vielen Jahren ehrenamtlich mit großem Engagement um Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung für Kinder und Jugendliche. (LD)

Ein schöner Erfolg dieser Betreuung: Kinder mit "Migrationshintergrund", die an dieser Förderung teilnehmen, erreichen fast durchweg das Klassenziel.

Der Freundeskreis kann sogar die etwas klamme

Ehinger Caritas mit kleineren Geldbeträgen unterstützen.

Aufenthaltserlaubnis

Unbefriedigende Auswahl unter Abzuschiebenden

EHINGEN (vf). Nach derzeitiger Planung im Regierungspräsidium wird eine mazedonische Familie in Ehingen Mitte Juni in ihr Heimatland abgeschoben, wenn sie nicht vorher ausreist. Der Ehinger Freundeskreis für Migranten hat sich für einen längeren Verbleib der Familie in Deutschland schon länger und mehrfach eingesetzt mit dem Hinweis, dass der Familienvater für seine Familie keine öffentlichen Gelder in Anspruch nimmt und dass die Familie,

voran der Vater, sich in vorbildlicher Weise um Allgemeinaufgaben, vor allem um Sauberkeit im Bereich des Übergangwohnheims, kümmert. - Es sieht so aus, als ob die Bemühungen des Freundeskreises infolge der Bundesgesetzgebung und deren Ausführern im Regierungspräsidium Tübingen jetzt an ein trauriges Limit kommen.

Der Freundeskreis wendet sich an die Öffentlichkeit um Unterstützung bei seiner Bemühung um eine längere Aufenthaltserlaubnis. - Die Familie verlor in ihrem Heimatland unter dem Druck einer albanischen Mafia ihren kleinen Textilladen und flüchtete sich dann asylsuchend in die Bundesrepublik; Rainer Lingg vom Migrantenfreundeskreis hält die Begründung der Familie für glaubhaft, zumal er die Familie und ihr Verhalten nun schon lange beobachtet hat. ■

's Rote Fuchsle hat nachgefragt



Liebe Ute Vogt, warum bist du Mitglied der Europa-Union?

Ute Vogt MdB antwortet dem Roten Fuchsle:

Lieber Ludwig, danke für die Nachfrage. Gerne anbei mein Statement. Ganz herzliche Grüße! Habe mich gefreut, dass Du noch an mich denkst, Deine Ute

„Wir sind Europa“ so lautete der Titel eines nicht wirklich gelungenen, aber dafür mit umso mehr Fröhlichkeit gesungenen Wahlkampfongs der SPD aus dem Europawahlkampf 1989.

Ich war 25. Nicht nur wir Jusos, sondern auch die meisten meiner Studienkolleginnen und -kollegen waren schlichte „Europa-Fans“. Unser Lebensgefühl war: „Wir sind EuropäerInnen!“ Wir sind fest davon ausgegangen, dass in einigen Jahren die nationale

Identität gar nicht mehr so wichtig sein wird, weil wir in europäischen Dimensionen denken.

Heute erlebe ich solche Begeisterung für ein neues europäisches Lebensgefühl außerhalb der Europaabgeordneten nur noch bei sehr wenigen Menschen. Und die finden sich parteiübergreifend in der Europa-Union.

Deshalb bin ich dabei – weil ich mir wünsche, dass wieder mehr Menschen mit Freude für Europa werben und

arbeiten. Denn anstehende Herausforderungen werden nicht mit Kleinstaaterei und nationalstaatlichen Egoismen bewältigt, sondern nur mit einem Blick fürs Ganze. Und bei allen ernstesten Schwierigkeiten – auch nur mit Begeisterung für die europäische Idee. ■





Fortsetzung von Seite 12

Beitrittserklärung

Ludwig Dorner an Peter Hofelich MdL (Göppingen)

Lieber Peter, als frischgebackener Pensionär hat man ein bisschen mehr Zeit, und da stieß ich im Internet auf die Europa-Union. Du bist als Mitglied auch aufgeführt und eine Person meines Vertrauens. Kann man der Organisation guten Gewissens beitreten? Du kennst 's Rote Füchsele und weißt, dass es seit vielen Jahren eine feste Rubrik über die EU und das EP pflegt. Über meine persönliche diesbezügliche Vita findest du im Juni-Heft auf Seite 18 auch einen europa-bezogenen Hinweis.

Darf ich dich um den Rat bitten, ob sich ein Beitritt "europa-politisch" lohnt? Oder sind da Sozis eher ein Feigenblatt in einer "unions-lastigen" Sache? Freilich: Der Europa-Gedanke scheint mir in der SPD-Wirklichkeit zu meinem größten Bedauern sehr schwach ausgeprägt zu sein. Müsste man also gerade Sozis in dieser Europa-Union stärken? Wenn du das bejahst, bin ich gerne zu einem Beitritt bereit.

Mit meinen besten Grüßen und in Erwartung deines guten Rats,
dankeschön,
Ludwig

Peter Hofelich an Ludwig Dorner

Lieber Ludwig,

danke für dein Interesse. Klare Antwort. Mit einem Beitritt stärkst du die Sozis in der Europa-union. Die Vereinigung ist an der Spitze in den letzten Jahrzehnten sicher etwas unions-lastig geworden, aber das liegt mehr an uns selber. Was für Möglichkeiten man hat, könnte dir Peter Kunze, früherer Ortsvereinsvorsitzender in Göppingen und ebenso bis vor ca 2 Jahren Kreisvorsitzender der Europaunion im Kreis GP, schildern. Dort haben wir durch Aktivität der Europaunion auf positive Weise eindeutig unseren Stempel aufgedrückt.

Besten Gruß, Peter

+++++
Seit 22. Mai 2011 bin ich Mitglied der Europa-Union. Ich machte mir die Begründungen von Ute Vogt und Peter Hofelich zu eigen. Ludwig Dorner ■

Mitglieder der Europa-Union sind u.a.

MdEP (SPD, Ba-Wü)

- Gebhardt, Evelyne - Stellvertretende Landesvorsitzende der überparteilichen Europa-Union - Künzelsau
- Simon, Peter - Mannheim

MdB (SPD, Ba-Wü)

- Arnold, Rainer - Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion - Nürtingen
- Drobinski-Weiss, Elvira - Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestags-

fraktion - Waldkirch

- Juratovic, Josip - Berlin
- Lange, Christian - Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Vors. d. Dt.-Portug. Parlamentariergruppe d. Dt. Bundestages - Backnang
- Roth, Karin - Parlamentarische Staatssekretärin a.D., Senatorin a.D. - Esslingen
- Vogt, Ute - Staatssekretärin a.D. - Pforzheim

MdL (SPD, Ba-Wü)

- Fulst-Blei, Dr. Stefan - Heidelberg

- Gall, Reinhold, Innenminister, Obersulm
- Haller-Haid, Rita - Tübingen
- Heberer, Helen - Mannheim
- Hinderer, Rainer - Heilbronn
- Hofelich, Peter - Europapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion - Salach
- Rolland, Gabi - Freiburg
- Sakellariou, Nikolaos - Schwäbisch Hall
- Schmiedel, Claus - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Ludwigsburg
- Stober, Johannes - Karlsruhe
- Wölfle, Sabine - Waldkirch ■



Damals im Juli

Gerhard Tessin

Vor 150 Jahren (1861): Bürgerkrieg in USA

Der hart und grausam geführte Sezessionskrieg* 1861-65 lastete schwer und lange auf den Seelen der Nordamerikaner. Er bleibt als dunkler Schatten in der Geschichte des Staates.

Die Vorgeschichte: In der ersten Hälfte des 19. Jhd. hatten die USA ihr Staatsgebiet nach Westen bis zum Stillen Ozean ausgedehnt. Die großen Gebiete wurden von den europäischen Kolonialmächten gekauft oder in Kriegen erkämpft. Die Besiedlung, Bebauung und Nutzung des reichen Landes war in so kurzer Zeit nur möglich durch die massenhafte Einwanderung aus allen Ländern Europas. Unter den Einwanderern waren sehr viele Deutsche. Hinzu kamen die neuen Erfindungen der Technik. Dampfschiff, Eisenbahn, Telegraph machten eine schnelle Verbindung von Ozean zu Ozean möglich. Während dieser Zeit entwickelten sich Wirtschaft und Gesellschaft unterschiedlich. Hier der dynamische, demokratische, industrialisierte Norden; dort der mehr statische, aristokratischen Leitbildern zuneigende, agrarische Süden.

1860 lebten in den Südstaaten über 9 Mill. Menschen, davon 4 Mill. Sklaven. Diese

waren Eigentum von weniger als 5 % der weißen Bevölkerung. Die Gesellschaftsstrukturen und die Wirtschaft des Südens basierten auf der Arbeitskraft der Sklaven u. a. in den riesigen Baumwollplantagen. Der Norden forderte ein Verbot der Sklaverei, hinzu kam ein Ringen um die Machtverteilung zwischen Bund und Einzelstaaten. Diese politischen und wirtschaftlichen Gegensätze waren die tiefere Ursache für den Bürgerkrieg. Der Auslöser für die Spaltung der Union war schließlich die Wahl des Republikaners Abraham Lincoln zum Präsidenten. Dieser hatte sich die Abschaffung der Sklaverei zum Ziel gesetzt. Lincoln wurde ohne Unterstützung der Südstaaten gewählt. Alle 180 Wahlmänner, die für ihn stimmten, kamen aus den sklaven-freien Nordstaaten. Daraufhin traten 1860/61 zunächst sieben Südstaaten, nämlich Alabama, Florida, Georgia, Louisiana, South-Carolina, Mississippi und Texas aus der Union aus. Ihnen folgten wenig später Arkansas, North-Carolina, Virginia und Tennessee. Diese elf gründeten die "Konföderierten Staaten von Amerika", deren Präsident Jefferson Davis wurde.

Eine Abspaltung konnte Lincoln nicht hinnehmen, und so kam es zum bewaffneten

Konflikt um die Einheit der USA, in dem zunächst die Südstaaten militärische Erfolge feierten. Doch dann wendete sich das Blatt mit der Einnahme von Vicksburg (Mississippi) und dem Sieg bei Gettysburg (Pennsylvania) jeweils 1863 durch die Nordarmeen unter General Ulysses S. Grant (er wurde später US-Präsident). 1865 mussten die Südstaaten unter General Robert E. Lee kapitulieren. Wenige Tage danach wurde Präsident Lincoln von einem fanatischen Südstaatler erschossen.

Die traurige Bilanz des Bürgerkrieges: 360 000 Tote auf Seiten der Nordstaaten, 260 000 bei den Konföderierten. Der Sezessionskrieg war der erste "Moderne" Krieg mit neu entwickelten Waffen und den Möglichkeiten des neuen Nachrichten- und Transportwesens. Er beschleunigte das wirtschaftliche Wachstum im Norden, schwächte aber die ohnehin geringere Wirtschaftskraft des Südens entscheidend. Der Aussöhnungsprozess der Bruderkriegsgegner dauerte Jahrzehnte. Die Sklaverei wurde abgeschafft. Die Schwarzen waren frei, aber nur auf dem Papier. Entsprechende Bürgerechte, in der Verfassung verankert, wurden nicht realisiert. Die Diskriminierung durch den Grundsatz der "Rassentrennung" sollte noch hundert Jahre dauern. Dafür sorgte auch der Ku-Klux-Klan, ein rassistischer Geheimbund weißer Südstaatler, der mit Mord und





Fortsetzung von Seite 14

Terror gegen die Emanzipation der Farbigen vorging. Erst die Regierung Kennedy brachte die Gesetze zur Gleichstellung der Schwarzen auf den Weg.

*Sezession lat. Absonderung; pol.: Loslösung eines Gebietes von einem Staatsgebilde.

Weitere Ereignisse, über die schon vor 10 Jahren berichtet wurde:

Vor 60 Jahren (1951):

Am 7.7. strahlte der US-Sender CBS eine erste Fernseh-sendung in Farbe aus. Die Bildqualität allerdings war

verbesserungswürdig.

Der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter enthüllte am 10.7. vor dem Flughafen Tempelhof das Luftbrückendenkmal, bald darauf von den Berlinern "Hungerharke" genannt. Es sollte an die Versorgung Westberlins aus der Luft während der sowjetischen Blockade 1948-49 erinnern und trägt als Inschrift die Namen der 75 Todesopfer dieser Aktion der Westalliierten.

Vor 50 Jahren (1961):

Die Tarifparteien des Bankgewerbes hatten sich geeinigt. Ab 1.7. galt die 5-Tage-

Woche. Von da an blieben die Bankschalter samstags geschlossen.

Vor 40 Jahren (1971): "Satchmo" gestorben

Im Alter von 71 Jahren starb in New York am 6.7. der farbige Jazztrompeter Louis Armstrong, genannt "Satchmo". Der populäre Musiker stammte aus den Slums von New Orleans des Jazz, einer Musikgattung, die Ende des 19. Jh. in den Südstaaten der USA aus der Begegnung der Musik der Schwarzen mit der europäischen Tradition entstanden ist. ■

Reiseeindrücke aus Nordzypem

Horst Feiler, Illerkirchberg, Fuchsle-Leser und 60plus-Vorsitzender

Horst Feiler, über viele Jahre begeisterter Freizeitradportler und -urlauber, ließ es einmal gemächlicher angehen und buchte einen Erholungsurlaub im türkisch dominierten Nordteil des geteilten Zyperns. Er beschreibt in Kürze einige Reiseeindrücke und verweist auch aufs Internet. (LD)

Ausgrabungen von Salamis - bis in die Zeit vor Christus.

Anfangs hatten wir angenommen, es gäbe auch eine Stadt mit dem Namen Salamis - ganz großer Irrtum! Hier nur schwach beackertes Land und einige Rohbauten. An der Hauptstraße, etwa zur Hälfte asphaltiert, eine Miniapotheke und ein SB-Laden mit wenigen Regalen, kaum mehr als zwei Colaflaschen und zwei bereits wieder verlassene Lokale.

Von Nikosia wird stolz erzählt: inzwischen nach Berlin die einzige geteilte Stadt der Welt (?). Der Rest für mich eigentlich nur bedauernswert - eine stark bewachte, geteilte Stadt wohl nach dem Muster der DDR.

Nahe Famagusta: seit 1974 (!) gut 80 verlassene Hotels, viele Gewerbebetriebe und Wohnviertel und ein sehr guter Strand. Die Geisterstadt (Varosha) darf nicht betreten werden und wird streng bewacht. Welch Wahnsinn!

Famagusta, Zentrum der UNO-Truppen - seit 1964 - mit modernsten Fahrzeugen. Die letzten 6 Jahre sollen es die Österreicher gewesen sein, die jetzt von Tschechen abgelöst wurden. "Die machen hier nur Urlaub".

Ansonsten: sehr unsauber und oft verfallene Bauten. Herausragend: die Reste verfallener Monumente vergangener Jahrhunderte - zurück bis 1298, Meisterwerke der Gotik.

Und immer wieder: Fotografierverbote. Nur, es gibt es kaum etwas zu fotografieren. Wirtschaftlich gesamt auch nur geringes Interesse oder schwache Aktivitäten - Infrastruktur?

Vor unserem Hotel eine der wenigen Fernstraßen - stückchenweise im Bau. Direkt neben unserem Hotel eine Hotelruine, wohl keine 10 Jahre alt. Hier blüht die Korruption noch arg besser als bei uns. Zig Jahre liegt Zypern zu uns zurück. Das Schulwesen, zwar besser als in der Türkei, weist aber auch stark auf die Vielklassengesellschaft hin.

Das Pro-Kopf-Einkommen soll bei umgerechnet € 300,00 liegen. Eine Aussage unseres Reiseleiters aus Antalya (Türkei) machte nachdenklich: "Nordzypern liegt gut 20 Jahre hinter uns zurück". ■



Es stand vor
10 Jahren
im Roten Fuchse

- 's Rote Füchse beginnt mit der Ausgabe 93 vom Juli 2001 damit, über alle 54 Artikel der EU-Grundrechte-Charta zu informieren, "und zwar nicht nur 'anstands- halber' gegenüber Jürgen Meyer" (damals unser MdB), "der sie so wesentlich mit verantwortet hat!"
- Ulrich Keßler, Öpfingen, scheidet aus dem Gemeinderat aus. Ihm wird für seine Arbeit gedankt.
- Die SPD-Parteizentrale in Berlin bittet 's Rote Füchse: "Kannst du mir den Beitrag von Gerhard Tessin 'Barbarossa' als E-Mail zwecks Weiterverbreitung zur Verfügung stellen? Ist Gerhard Historiker?"
- 's Rote Füchse portraitiert den Europarat. Er stellt eine Art Forum oder Runder Tisch dar, dem viel mehr Staaten als der EU angehören. Motto u.a.: "Lieber miteinander reden als miteinander streiten."
- W.-R. Stummer, Gemeinderatsmitglied und damals auch noch im Ortsverein und in der Füchse-Redaktion aktiv, fragt in einem Beitrag: Wo bleibt die Glaubwürdigkeit der CDU/CSU?
- Die letzte Seite lädt zu sechs Terminen ein:
 - 1) Lindenhalle, Regionalkonferenz
 - 2) Bundesjustizministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin, Prof. Dr. Jürgen Meyer MdB, Rudolf Bindig MdB, Matthias Weisheit MdB: "Die Reformpolitik der Bundes-SPD" (Lindenhalle)
 - 3) Dienstagstreff, ausnahmsweise in Ulm, familienpolitische Konferenz mit Renate Schmidt MdB, stv. Bundesvorsitzende: "Zukunftsthema Familie"
 - 4) Flohmarktdienst auf dem Marktplatz
 - 5) Delegiertenkonferenz, anschl. Kreismitgliederversammlung: "Was darf der Mensch? Prä-Implantationsdiagnostik, Klonen ..." (Anm. LD: Ja, damals schon!)
 - 6) Sommerfest in Griesingen

☒ (A)bgestimmt – wie?

's Rote Füchse berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben, oder, dass im Berichtszeitraum keine Sitzung stattfand bzw. dass sie an der Teilnahme verhindert waren. Sie haben dies freundlicherweise aus eigenem Entschluss mitgeteilt. Danke!

Hilde Mattheis MdB

Anbei das Abstimmungsverhalten von Hilde der letzten zwei Sitzungswochen. (Eingang 21. 4.2011)

- Antrag SPD: "Verbraucherschutz in der Telekommunikation umfassend stärken", ja
- Antrag SPD: "Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen gesetzliche durchsetzen", ja
- Antrag LINKE: "Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters" nein, stattdessen Zustimmung zum SPD Antrag: "Mehr Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung - Bericht des Bundesrechnungshofes vollständig umsetzen"
- Antrag SPD: "Tschernobyl mahnt - Für eine zukunftssichere Energieversorgung ohne Atomkraft und eine lebendige europäische Erinnerungskultur", ja
- Donnerstag, 12. Mai 2011
Zustimmung: Antrag SPD: "Nach Cancun - Europäische Union muss ihr Klimaschutzziel anheben"
Antrag SPD: "Neuen "Krippengipfel" einberufen - Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung voranbringen"
- Donnerstag, 26. Mai 2011
Zustimmung:
Antrag SPD: "Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo"
Antrag SPD: "Deutsche Millenniumkampagne erhalten"
Antrag SPD: "Altschuldenentlastung für Wohnungsunternehmen in den neuen Ländern"
Ablehnung:
Antrag CDU/CSU und FDP: "Änderung des ArbeitnehmerInnenüberlassungsgesetzes und Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes"
- Gesendet: Dienstag, 14. Juni 2011
- CDU/CSU und FDP Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes - Enthaltung
- Antrag SPD: "Besserer Schutz vor Krankenhausinfektionen durch mehr Fachpersonal für Hygiene und Prävention" - Zustimmung
- Antrag LINKE: "Krankenhausinfektionen vermeiden - Tödliche und gefährliche Keime bekämpfen" - Enthaltung
- Antrag Grüne: "Prävention von Krankenhausinfektionen verbessern" - Enthaltung
Im Bereich Gleichstellung:
- Antrag SPD: "Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften" - Zustimmung

Bettina Schulze, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Berlin





Fortsetzung von Seite 16

Georg Mangold,
Gemeinderat/Fraktionsvorsitzender

Technischer Ausschuss: zugestimmt bei folgenden Vergaben:

- a) Renovierung Franziskanerkloster - Verglasungsarbeiten + Elektroarbeiten + Heizungsanlage
- b) Ganztageschule Längenfeld + Hermann.Gmeiner-Schule: Flachdachabdichtung + Wärmedämmverbundsystem + Gussasphaltarbeiten + mobile Trennwände
- c) Realschule Ehingen - Energetische Sanierung des Lehrschwimmbeckens - Zimmermannsarbeiten fürs Dach
- d) Bauarbeiten für die Sanierung des Angerwegs in Ehingen-Berg
- e) Bauarbeiten für die Fer-

tig-Erschließung Felchenstraße Ehingen

- f) Bauarbeiten für die Sanierung der Brücke über die Schmiech in der Bahnhofstraße (war der größte Einzelposten mit über 400.000 €, der in Ehingen bei der Fa. Brotbeck blieb)
- g) Bauarbeiten für die Belagsarbeiten in der Gollenäckerstraße in Ehi-Nasgenstadt, hier hatte der billigste Bieter einen Sondervorschlag, der deutlich billiger war: Bedingung: die Straße muss während der Bauzeit für 2 Wochen komplett gesperrt werden, damit entfällt auch eine Ampellösung
- h) Vergabe der Ingenieurleistungen für die Sanierung des Pumpwerkes Donautal

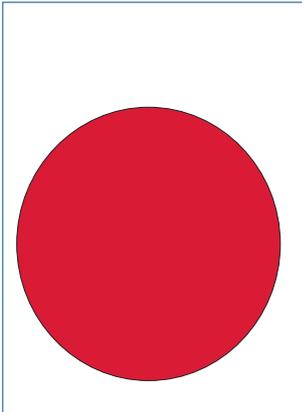
Im darauf folgenden Gemeinderat konnte ich nur einem Punkt (war der einzige echte Tagesordnungspunkt) zustimmen:

- Erweiterung des KiGa in Nasgenstadt um eine 4. Gruppe in Pavillonbauweise, eine dringende Erweiterung, die einigen Druck aus der Belegung von KiGa-Plätzen bringen wird.

Manfred Hucker, Gemeinderat

- Erweiterung des Kindergartens Nasgenstadt um eine Gruppe --- JA

In der GR Sitzung war ein 1 Top. UTA und Verwaltung war ich nicht.



Der Diens- Tags- Treff



Protokoll vom
7. Juni 2011

Dieter Volgnandt

148 Jahre - nimmt man den Gründungskongress von 1863 in Leipzig als Geburtsjahr an - hat unsere ehrwürdige Partei nun auf dem Buckel und langsam dürfen wir uns schon darauf freuen, auch das 150-jährige Jubiläum als Zeitgenossen noch mitzerleben. Gut ein Drittel dieser Zeit hat unser Genosse Gottfried Beck davon mitgemacht. Für 40-jährige, treue Parteimitgliedschaft überreichte ihm Klärle an diesem Dienstag eine Urkunde, die silberne Partei-Nadel, das heißt so eine Art SPD-Ehrenlegionsorden, den heutzutage

wohl kaum ein Mitglied mehr bekommt, ein Abonnement für die kirchenkritische Zeitschrift Publik-Forum sowie die obligatorische Flasche Rotwein zur Stärkung von genossenschaftlicher Gesinnung, Herz und Kreislauf. Wir gratulieren zusammen mit Roland, der in diesem Jahr für das Zehnjährige geehrt wurde und hoffen trotzdem, dass noch viele unserer Genossen eine solche Nadel überreicht bekommen.

Dass ein solcher Genosse nicht nur alt ist, sondern uns auch

etwas zu sagen hat, erhellte das im Anschluss an die Ehrung erfolgte längere Gespräch, das hier von unseren Redaktionshistorikern Gerhard Tessin und Roland Schmitz in bester Guido-Knopp-Zeitzeugenmanier moderiert wurde. Mit Gottfried Beck hatten wir in dieser "Schwert-History-Runde" einen Zeitzeugen besonderer Art vor uns. Einen, der den 2. Weltkrieg noch im Osten wie im Westen an der Front mitgemacht hatte und den seine pazifistische Gesinnung dazu brachte, sich am Ende





■■■ Fortsetzung von Seite 17

gegen einen sinnlosen Helldentod und für das Überlaufen zu den belgischen Freiheitskämpfern zu entscheiden.

Dass diese Handlungsweise damals nicht ungefährlich war und lange Zeit danach noch in der BRD verfemt und geächtet wurde, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

Wir wollten uns an dieser Stelle in Respekt den Schlussbemerkungen von Ludwig anschließen: "Ich finde, Du hast das richtig gemacht." Recht so, und Gott sei Dank ist er in die richtigen Hände und zum Schluss zu den Engländern gekommen, die ihm - wie er heute noch dankbar sagt - mit ihrem neu entwickelten Penicillin das Leben gerettet hätten. Und damit auch ein Leben für die Partei, der er 1971 beitrug - um auch im Süden mehr Demokratie zu wagen.

Allerdings kann dieses Wagnis auf Dauer nur gelingen, wenn sich mehr junge Menschen für die SPD begeistern, weshalb ich mich besonders freute, als mich zwei Tage später ein Berufsschüler im Schlecker-Einkaufszentrum nach dem OV in Biberach fragte, weil er sich politisch engagieren wolle. Mit einem Altersdurchschnitt von jetzt 58 Jahren bewegen

wir uns doch sehr im Grenzbereich des Vorruhestandes, der zunächst einmal in Form einer geistigen Unbeweglichkeit eintritt. Da kaum einer von uns wollen kann, dass wir in den nächsten Jahren eventuell einmal mit den Grauen Panthern verwechselt werden, muss in dieser Hinsicht etwas geschehen.

Die Ausrichtung der Thematik auf ehrliche, die Generationen integrierende und übergreifende Schwerpunkte könnten hier den Ansatz einer Lösung darstellen. Den Begriff "soziale Gerechtigkeit" wieder mit den Inhalten zu füllen, die die Linke, die in der Hochkonjunktur einer neoliberalen, die Mitte wegradierender Globalisierung eben in der Mitte beginnt, sollte dabei unser Anliegen sein. Über die Themen stolpern wir dabei tagtäglich, egal ob wir nur zum Einkufen in den Supermarkt oder zum Haarschneiden beim Discount-Frisör mit Franchisingkette gehen, ob wir einen Arzt in Anspruch nehmen müssen oder ob uns ein vorläufiger Bescheid unseres Rentenversicherers zur vergnüglichen Lektüre ins Haus flattert: Die Themen und Aufgaben zur Neuformulierung einer künftigen auf soziale Gerechtigkeit fundierenden Gesellschaft sind da. Ehrlich für den Wähler wäre ihre pragmatisch-orientierte Ausrichtung, bei der dem Bürger kein

ideologischer Sand in die Augen geworfen wird, wie es im letzten "Vorwort" der Artikel über die Bürgerversicherung tat. Statt dem Bürger - das heißt in diesem Fall den Genossen - klar zu sagen, was auf den einzelnen Versicherten zukommt, das heißt, was er mindestens und höchstens zu zahlen hat und welche Leistung er dafür zu erwarten hat, ob und warum eine Beitragsbemessungsgrenze für KV und RV vorgesehen wird und falls ja - wie in diesem Modell - in welcher Höhe, und warum heute noch Ehepartner neben den Kindern beitragsfrei mitversichert werden können. Davon und auch davon, warum es immer noch einen Unterschied zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen geben soll, war im "Vorwärts" rein gar nichts zu lesen, nur davon dass mit der neuen Bürgerversicherung eine schöne neue Welt auf uns zukäme, in der wie immer so schön formuliert, die Stärkeren für die Schwächeren im solidarischen Prinzip einstehen. Nur, warum dann die ganz Starken außen vor sein dürfen, kann uns das jemand erklären? Aber bitte nicht mit der billigen Milchmädchen-Rhetorik, dass dann ein Reicher wie der Herr Schlecker auch Anspruch auf die Leistungen der gesetzlichen Versicherung hätte. ■

Unser Schriftführer musste die Sitzung aus beruflichen Gründen vorzeitig verlassen. Einen größeren Raum nahmen beim Dienstagstreff noch folgende Themen ein:

- Vergabe von Planungsaufgaben an Firmen, statt dass das eigene Stadtbauamt diese übernehmen. Ob dies sein müsse.
- Bei der Ausschreibung und Vergabe der Gebäudereinigung müssen Verwaltung und Gemeinderat unbedingt darauf achten, dass Mindestlohn in Verbindung mit realistischen Arbeitszeitvorgaben vereinbart und dies dann auch eingehalten werde.
- Informationen zu den künftig gesplitteten Abwassergebühren je nach Dach- und Grundstücksoberfläche. ■



IRAN: In loser Folge werden wir einen mehrteiligen Reisebericht veröffentlichen. Unsere Autorin und langjährige Leserin Almut Pfeiffer, München, bis zu ihrer Zuruhesetzung Lehrerin in Ehingen, bereiste zusammen mit ihrem Mann den Iran. Exklusiv für 's Rote Fuchsle berichtet sie über ihre Eindrücke — und so viel kann man vorab versprechen: Es gibt Erstaunliches über dieses räumlich doch gar nicht so ferne Land zu erfahren. ■

Vorbemerkung der Autorin

Hier kommt der versprochene Reisebericht. Bis jetzt glühe ich immer noch vor Begeisterung. Ich bin mir aber auch der politischen Problematik bewusst. Aber das konnte mich nicht von der Reise abhalten. Und die Erfahrung zeigt mir, dass es richtig war, hierher zu fahren. Die Erfahrungen mit den Menschen sind so beeindruckend. Mir ist dabei auch bewusst geworden, was bei uns alles verloren gegangen ist. Auf der anderen Seite ärgert mich die Darstellung des Irans im Westen. Man verkürzt alles auf den Regierungschef und überträgt das auf die restlichen Iraner. Konservativ und rückständig, so ist doch die allgemeine Vorstellung. Vielleicht sollte man dabei auch mal sehen, dass der letzte Krieg, der von den Persern geführt wurde, im 18. Jahrhundert geführt wurde. Im Iran glaubt man nicht, dass der Regierungschef Israel trotz vieler Beteuerungen atomar angreifen wird, da die Folgen auch für den Iran überaus schwerwiegend wären. Wir wissen nicht, was in dem Kopf eines solchen Menschen vorgeht. Soviel haben wir jedoch mitbekommen, dass er im Augenblick massive politische Probleme hat und es nicht so gut um ihn steht. ■

In einem Reisekatalog entdeckten wir eigentlich mehr durch Zufall eine Reise zu den historischen Stätten im Iran.

Das wäre was für uns, aber wir waren sehr skeptisch, ob die Reise überhaupt stattfinden würde. Eine Reise in den Iran, naja, da fallen einem doch gleich eine Menge Gründe ein, dort auf keinen Fall hin zu fahren. Da ich aber schon langem von diesem Land geträumt hatte und jetzt aktuell mich mit den historischen Stätten im Iran beschäftigt hatte, war mir klar, dass ich unbedingt hin musste und mein Mann unterstützte mich tatkräftig. Ich telefonierte und siehe da, am 30. April sollte die Reise los gehen und es waren noch 2 Plätze frei. Als wir voller Vorfreude die Familie und Bekannten darüber informierten, hielt sich deren Begeisterung sehr in Grenzen. In ein Land fahren, dessen politische Führung im Westen keine Begeisterungstürme hervorruft, in dem die Todesstrafe noch ausgeübt wird, in dem die Frauen unterdrückt

werden, das rückständig ist, das ja so unsicher ist, politisch sehr fragwürdig und, und, und, also kein Reiseland.

(Wenn man diese Kriterien an alle Länder, die von den Touristen bereist werden, anlegen würde, wäre die Zahl der Länder, die man besuchen dürfte, recht begrenzt!)

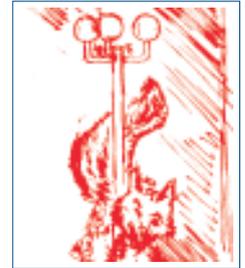
Die Reisevorbereitungen gestalteten sich für mich als Frau nicht ganz so einfach. Die Bekleidungs Vorschriften bei Frauen sind im Iran klar geregelt: ganz wichtig das "Kopftuch". Ich las, dass ich selbst im Hotel, wenn der Boy an unsere Zimmertür klopfen sollte, ihm die Tür ohne das besagte Tuch auf keinen Fall öffnen dürfte. In ersten Augenblick dachte ich, ich lese nicht richtig. Und der Mantel, bitteschön, untailliert und bis zum Knie, musste ebenfalls in der Öffentlichkeit ständig schön zugeknöpft getragen werden. Bei dem Gedanken an die Vermummung bekam ich jetzt schon bei der Vorbereitung Schweißausbrüche. Das

Darunter musste ebenfalls keusch mit langem Arm und fast bis zum Knie sein. Da kamen mir doch recht unfreundliche Gefühle, aber ich machte mir bewusst, dass ich ja freiwillig das Land bereise und somit die Gepflogenheiten zu beachten habe. Der Einkauf gestaltete sich selbst in der Großstadt München nicht ganz einfach. Die Blusen waren lang, aber kurzärmelig, die Mäntel modisch geschnitten und nicht den Vorschriften entsprechend lang genug. Nach mehreren Anläufen war das Kleidungsproblem endlich gelöst. In einem von einer Frau aus Afghanistan geleiteten Geschäft bekam ich den letzten Schliff im Sachen Schleier binden. Ich erinnerte mich an die Probleme im Jemen mit dem ewig rutschenden Tuch. Jetzt war ich fit. Unmittelbar vor der Landung in Teheran vermummte sich die gesamte weibliche Welt inklusive Flugpersonal. Ich musste richtig grinsen. ■

Fortsetzung folgt



Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstags-Treff
Öffentliche Veranstaltung

5.
Juli

**Schwert
Ehingen
20.00 Uhr**

Jahresplanung (Themen)

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- Zukunft des SPD-Kreisverbandes? Wiedervereinigung ADK/Ulm?
- siehe Hauptthema (Wünsche und Vorschläge)
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
2. August 2011
Gaststätte Schwert

Einladung zur Diskussion mit Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine sozial gerechte Bildungspolitik für Baden-Württemberg - das ist erklärtes Ziel der neuen Landesregierung. Im Koalitionsvertrag haben wir mit dem Koalitionspartner einen neuen Aufbruch an den baden-württembergischen Schulen vereinbart. Wir wollen die Gemeinschaftsschule einführen, den Ganztagschulbetrieb ausbauen, mehr Schulsozialarbeit und auch das Berufsbild Schulleitung weiterentwickeln.

Um Euch die Pläne der Landesregierung vorzustellen und sie mit Euch gemeinsam zu diskutieren, haben wir die neue baden-württembergische Kultusministerin eingeladen. Teilnehmen werden auch zahlreiche betroffene Schulleiter/innen und Bürgermeister/innen, mit denen wir frühzeitig in den Dialog treten wollen.

Neue Wege in der Bildungspolitik - das Konzept der neuen Landesregierung mit Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer

15. Juli 2011 von 14:30 - 16:30 Uhr
Lindenhalle, Kleiner Saal
Lindenstr. 51, 89584 Ehingen ■

(L)eserpost

Wir planen gerade, auch eine Mitgliederzeitschrift, ähnlich dem Roten Fuchse, auf die Beine zu stellen. Nachdem ich mit dem Fuchse schon Erfahrung habe bzw. es sehr gut kenne, wurde ich zum Hauptansprechpartner dafür gemacht. Um abzuschätzen, wieviel Kosten/Aufwand auf uns zukommt, würden mich noch ein paar Zahlen, Daten und Fakten dazu interessieren. Ich würde mich freuen, wenn du mir dabei helfen könntest.

Christian Gaus, Büro Nik Sakellariou MdL
Schwäbisch Hall

SPD-Publikationen im Gäu - Wir sind nicht allein ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- Der Rote Seehas www.bodensee-internationale.org/seehas.php
- Bibervision www.spd-biberach.de
- und natürlich: 's Rote Fuchse (www.spd-ehingen.de) ■